

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 5spaltige Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
ic. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Einen Appell an die Opferfreudigkeit

richten wir angelichts der drohenden Ausperrung, die am 2. Juni erfolgen soll, sowie der sonstigen bevorstehenden Kämpfen in der Metallindustrie an unsere Mitglieder und die christliche Arbeiterchaft. Zeigen wir, daß wir der Situation gewachsen sind. Tue jeder seine Pflicht durch verdoppelten Eifer in der Opferfreudigkeit, wie in der Agitation. Die Verbandsleitung.



Vor der Entscheidung.

Die General-Ausperrung soll zur Tatsache werden und zwar wird dieselbe am 2. Juni, am Abend vor Pfingsten erfolgen.

Sonach hat also das Scharfmachertum unter den Metallindustriellen den Sieg davon getragen, wodurch der Kampf sich zu einer gewaltigen Wuchtprobe entfalten kann. dessen Ausgang gar nicht zweifelhaft ist für den unbefangenen Beobachter. Nach außen hin sucht allerdings das Scharfmachertum die Schuld dem soz. Metallarbeiterverband aufzubalsen, wie dies in einem Rechtfertigungszirkular, welches sowohl der Tagespresse als auch den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses zugestellt wurde geschieht. Dasselbe lautet:

„Die Abendausgabe des Berliner Tageblatts vom 11. Mai bringt den Abdruck des Protokolls der Ausschussitzung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 2. Mai, welches das Tageblatt sich durch eine Indiskretion verschafft hat. Wer das Protokoll liest, wird aus der Unstimmigkeit der Beschlüsse leicht erkennen, daß es sich am 2. Mai um nichts weiter als um spontan gestellte und nicht abgeklärte Anträge gehandelt hat, welche nur als vorbereitende Schritte anzusehen waren und deren Veröffentlichung unter diesen Umständen unterbleiben mußte. (Die Arbeitgeberzeitung ist somit desavouiert worden. D. Red.)

Sobald der Gesamtverband definitive Beschlüsse gefaßt hat, wird er sich nicht scheuen, sie zu veröffentlichen, damit die Arbeiter rechtzeitig erfahren, woran sie sind. Einer Indiskretion von anderer Seite, um die Arbeiter zu warnen, bedarf es nicht.

Zur Aufklärung der Öffentlichkeit teilen wir mit, daß es sich bei den Abwehrmaßnahmen des Gesamtverbandes um 2 Prinzipienfragen handelt. Die eine ist die Fernhaltung des gleichen Normallohnes über ganz Deutschland, zunächst für die Formier, später für alle Arbeiterkategorien, die andere ist die Aufrechterhaltung der Parität in der Verhandlungsfrage.

Ueber die Schädlichkeit des gleichen Normallohnes für ganz Deutschland haben wir uns bereits am 8. Mai, geäußert. Was die Parität in der Verhandlungsfrage anbetrifft, so geht bekanntlich das Streben der Arbeiterorganisationen dahin, daß die Feststellung der Arbeitsbedingungen zwischen der Arbeiterorganisation und dem einzelnen Arbeitgeber erfolge, weil sie unter solchen Verhältnissen die stärkeren sind.

Die Arbeitgeber müssen darauf halten, daß

in der Verhandlungsfrage Parität herrscht, daß also die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und seinen eigenen Arbeitern oder der Gesamtheit der bestreikten Arbeitgeber und der Gesamtheit der streikenden Arbeiter stattfinden, wobei die Parteien selbstverständlich auch durch kleinere Ausschüsse verhandeln können, oder daß Verhandlungen zwischen der Arbeitgeberorganisation und der Arbeiterorganisation erfolgen.

Wenn beide Parteien durch ihre Organisation verhandeln wollen, so mögen sie das tun, wenn aber eine Partei verlangt, daß die Verhandlung mit dem direkten Kontrahenten erfolgen soll, so geht dieses Verlangen als das ursprüngliche und natürlichere vor.

Wenn Arbeitgeber nur mit ihren eignen Arbeitern verhandeln wollen, so dürfen die Arbeiter die Arbeitgeber in solchem Falle nicht zwingen wollen, daß sie mit der Arbeiterorganisation verhandeln, sondern sie haben selber mit ihren Arbeitgebern zu verhandeln, ebenso wie die letzteren direkt mit ihren Arbeitern zu verhandeln haben, wenn letztere solches verlangen.

Der Gesamtverband fordert, daß die Parität bei etwaigen Verhandlungen gewahrt bleibt, und daß dabei das ursprüngliche und natürliche Verhältnis des direkten Handelns zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gewahrt werden muß, wenn auch nur eine Partei solches fordert, und er verlangt weiter, daß die Forderung des Minimallohnes für ganz Deutschland, welcher den Normallohn, also die Schablonisierung für ganz Deutschland vorbereiten soll, von den Metallarbeitern fallen gelassen wird.

In diesen beiden Prinzipienfragen wird der Gesamtverband seine angegriffenen Bezirksverbände unterstützen, im übrigen mißt er sich nicht in die sonstigen vorliegenden örtlichen Differenzen, weil er seinerseits nicht schablonisieren will.

Die aufgeworfenen Prinzipienfragen sind nur vorgeschobene Verlegenheitsgründe, um die Ausperrung zu rechtfertigen. In Wirklichkeit kommen sie als Streitobjekt garnicht in Frage und rechtfertigen am allerwenigsten das Vorgehen der Scharfmacher, wodurch ein ungeheuer schwere Schädigung unseres ganzen Wirtschaftslebens erfolgt.

Als Antwort auf die Behauptungen der Scharfmacher legt der Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einer langen Erklärung dar, daß, sowohl die Forderung eines Minimallohnes als auch die Verhandlungen durch die Organisation überall fallen gelassen und bereitwogen auch kein Streik ausgebrochen sei. Die bisherigen Verhandlungen geben dem soz. Verband auch in dieser Beziehung recht.

In seiner Sitzung vom 14. Mai hat nun der Ausschuß des Gesamtverbandes den Ausperrungsbeschuß gefaßt, der folgendermaßen lautet:

Der Gesamtverband ist der Meinung, daß die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig und Breslau im guten Rechte sind, wenn sie die Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiterorganisationen ablehnen, da die bestreikten Arbeitgeber bereit sind, durch eine Kommission aus ihrer Mitte mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, und ferner, daß sich die genannten Bezirksverbände um die deutsche Industrie verdient gemacht haben, indem sie es abgelehrt haben, die gestellten Forderungen auf Minimallohne, welche sich zweifellos zu einheitlichen Normallohnen und einheitlichen Tarifverträgen über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches auszuwachsen sollen, anzunehmen. Unter der Voraus-

setzung, daß die genannten vier Verbände ihre Stellung in diesen beiden prinzipiellen Fragen nicht ändern und auf keinen Fall Separatabmachungen durch einzelne Verbände oder einzelne Firmen eingegangen werden und der Betrieb nicht eher aufgenommen wird, als bis eine Einigung und die Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche vier Bezirksverbände sichergestellt worden ist, beschließt der Gesamtverband, die vier Verbände in diesen prinzipiellen Fragen so lange zu unterstützen, bis durch Abmachungen zwischen den bestreikten Arbeitgebern und streikenden Gießereiarbeitern die beiden prinzipiellen Fragen im Sinne der Arbeitgeber ihre Erledigung gefunden haben. Die Unterstützung, welche der Gesamtverband den vier Bezirksverbänden gewährt, soll darin bestehen, daß im ganzen Gesamtverband vorläufig 60 Prozent der Beschäftigten — vornehmlich dem deutschen Metallarbeiterverbande angehörige — Arbeiter am 2. Juni 1906 entlassen werden, wenn eine Einigung zwischen den genannten vier Bezirksverbänden und ihren Arbeitern vorher nicht zustande gekommen ist. Arbeitern, welche mit Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen werden müssen, ist spätestens am 19. Mai 1906 zu kündigen; falls durch die Ausperrung von 60 Prozent der Arbeiter die in den Betrieben zurückbleibenden Arbeiter in größeren Massen einzelne Werk verlassen sollten, so verpflichten sich sämtliche 60 Prozent ihrer Arbeiter ausperrenden Verbände, zum Schutze der geschädigten Betriebe mit weiteren Ausperrungen vorzugehen, und zwar unterwerfen sie sich hierbei einem Majoritätsbeschluss in der Weise, daß eine Zweidrittelmajorität die weitere Ausperrung bis zur Vollausperrung beschließen kann. Der Vorstand erhält Vollmacht, die Durchführung der Ausperrung ins Werk zu setzen und auch, wo die Verhältnisse es fordern, einzelne Ausnahmen zuzugestehen.

Auf Grund dieses Beschlusses sind am 19. Mai dann bereits verschiedene Bezirksverbände mit Kündigungen vorgegangen.

Aus Offenbach wird gemeldet, daß nachstehender Anschlag von den Metallwarenfabrikanten erlassen worden ist:

„Infolge der Zurücknahme der vor einiger Zeit in hiesiger Gegend von den Gießereiarbeitern gestellten Forderungen auf 9 1/2 bezw. 10 stündiger Arbeitszeit und garantierter Anfangslohne pro Tag (mit anderen Worten: Minimallohn) durch direkte Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern ist zu unserer Freude die drohende Ausperrung verhütet worden.

Ein gleiches Einverständnis wurde in den Bezirken Hannover, Braunschweig, Dresden und Breslau bis jetzt leider nicht erzielt. Dort hat der Verband der Metallarbeiter, neben anderen Forderungen, die Bedingung gestellt auf einseitige Verhandlung der Organisation mit den einzelnen Arbeitgebern, sowie die Forderung auf garantierte Minimallohne. (?? D. Red.)

In diesen Bezirken haben die Gießereiarbeiter wegen Nichtbewilligung dieser Forderungen die Arbeit niedergelegt und ist hierdurch seit etwa 6 Wochen der Betrieb in sämtlichen Werken stillgelegt. Einigungsbestrebungen haben bis jetzt zu irgend einem Verständnis nicht geführt, da die Gießereiarbeiter hartnäckig auf diesem Forderungen bestehen. (?? D. Red.) Forderungen, welche nicht bewilligt werden können, weil die Industrie durch Erfüllung derselben schwer geschädigt, is

ogor ihr erfolgreiches Konkurrieren unmöglich gemacht würde.

Aus diesem Grunde hat der Gesamtverband „deutscher Metallindustrieller“ beschloffen, in sämtlichen ihm angehörigen Betrieben in ganz Deutschland vorläufig 60 Prozent der Beschäftigten und zwar vornehmlich dem deutschen Metallarbeiterverbände angehörigen Arbeiter zum 2. Juni 1906 zu entlassen, wenn eine Einigung zwischen den genannten vier Bezirksverbänden und ihrer Arbeiter nicht zustande gekommen ist.

Wir erhoffen von unseren Arbeitern, daß sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Kollegen in den oben genannten Bezirken dem in hiesigen Bezirken gegebenen Beispiele folgen und nicht auf unerfüllbaren Forderungen bestehen, die einen dauernden Frieden unmöglich machen.

Es würde uns freuen, wenn durch rechtzeitige Zurücknahme der oben erwähnten Forderungen die angedrohten Maßnahmen unnötig würden.

Kann man sich mehr Unehrllichkeit denken, als wie in diesem Anschlag ausgeführt wird. Gerade die Verhandlungen in den Orten Hannover, Dresden, Braunschweig, beweisen, daß es nicht wahr ist, was der Arbeitgeberbund behauptet in bezug auf die Spochhaltung der Minimallohne seitens der Arbeiterorganisation. Andererseits wirkt es aber geradezu komisch, von den Offenbacher auszuipervenden Arbeiter zu verlangen, daß sie auf die Kollegen in den 6 anderen Bezirken hinwirken sollten, damit dieselben nachgäben. Wodurch könnte dies denn anders geschehen, als durch die Organisation, von der die Metallgewaltigen in den Verhandlungen nichts wissen will.

In Kiel wurden ebenfalls 2000 Metallarbeitern auf der Kruppischen Germaniawerft auf den 2. Juni gekündigt. Unter den Gefündigten befinden sich Arbeiter aller Berufe und Organisationen, sogar viele Unorganisierte, ebenso ist in den übrigen zum Kieler Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie gehörigen Betrieben (Holzwerk, Maschinenbau-Alliengeellschaft v. m. s. C. Daebel usw.) am Samstag die Kündigung der Metallarbeiter erfolgt. Die gleiche Nachricht kommt von Magdeburg, wo etwa 7-8000 Arbeiter von der Ausperrung betroffen werden. In Berlin sollen neben den Metallarbeitern noch die Arbeiter der Lithographien- und Steindruckanstalten und der Ofenfabriken, im ganzen 55 000 Mann, in der Pfingstwoche ausgesperrt werden.

Darnach ist also die Brandfackel entfacht. Angeblickt will man nur die sozialdemokratisch organisierte Arbeiter treffen; in Wirklichkeit richtet sich aber der Schlag, wenn er zur Ausführung gelangt, vornehmlich gegen die Arbeiterorganisation überhaupt und nicht in letzter Linie auch gegen unsern Verband.

Der Geist eines Kirbors, daß die Christlichen schlimmer sind als die Kosen, spukt nur zu sehr in den Köpfen der Scharfmacher herum, als daß sie uns anders behandeln als die sozial. Organisation. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit, woran namentlich

Kampf auf der Burbacher Straße ein typisches Beispiel ist, ferner der verdeckte und offene Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften in der „Arbeitgeberzeitung“ und anderer Scharfmacher-Organe legen hierin beredtes Zeugnis ab.

Daher ist es Pflicht aller Mitglieder, nunmehr mit verdoppelter Kraft sowohl in der Agitation als auch in der Opferwilligkeit hervorzutreten des zu leisten. Zeigen wir, daß dem Machtgelüsten des Scharfmacheruns ein wirksamer Damm durch die gewerkschaftliche Organisation entgegengestellt wird. Gerade in den Zeiten schwerer Kämpfe muß die Opferwilligkeit unserer Kollegen die herrlichsten Blüten zeigen.

* * *

Im Anschluß an vorstehenden Artikel teilen wir mit, daß bei Drucklegung die Nachricht eintraf, daß in Dresden eine Einigung erzielt, auf Grund dessen dort die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es bleibt abzuwarten, ob die anderen Streiborten ebenfalls dem Dresdener Beispiel folgen. Jedenfalls aber müssen wir auf dem Posten sein.

Wirtschaftspolitische Umschau.

In den letzten Wochen sind keine Anzeichen für irgend eine Veränderung der Dinge nach der guten oder der schlechten Seite hin hervorgetreten. Die Ueberwindung der Gefahren beim Inkrafttreten der neuen Handelsverträge ist ohne jede Gefährdung der wirtschaftlichen Lage erfolgt und auch die schwächeren Befürchtungen, es werde von da an nicht plötzlich abwärts gehen, sondern es werde ein langsames Abwärteln einsetzen, sind nicht verwirklicht worden. Es geht noch nie vor sehr gut. Die treibenden Momente für ein sehr lebhaftes Leben an der Börse, das auch die letzten Wochen beherrschte, lagen außerhalb des Bereiches der sonst ausschlaggebenden Faktoren.

Am besten beleuchten die fortgesetzten Preiserhöhungen für Industrieprodukte die Situation. In guten Zeiten schreibt der Fabrikant dem Käufer und Abnehmer den Preis vor, in schlechten Zeiten drückt der Käufer, der Verbraucher, ihn wieder herunter, weil dann bei dem Wettbewerb unter den vielfach nicht vollbeschäftigten Werken ein Entgegenkommen der Fabrikanten den Verbrauch zu heben geeignet ist. Wenn man die Sache von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, dann bietet gerade die letzte Zeit sehr viel Material für die außerordentlich günstige Situation, in der wir gegenwärtig stehen. Das Roheisensyndikat hat kürzlich beschlossen, die Preise für Qualitäts-, Puddel- und Stahleisen, sowie für Walzgüßeisen, und Bessemer-eisen um je 3 Mk. pro Tonne für das letzte Viertel des laufenden Jahres zu erhöhen. Ferner ist die Verlängerung des Roheisen-Syndikats auf die Dauer von 2 Jahren beschlossen worden. Außerdem beschloß die Rheinisch-Westfälische Trägerhändler-Vereinigung eine sofortige Preiserhöhung um 5 Mk. pro Tonne; dabei ist der Verkauf für das dritte Quartal vom Stahlwerksverbande noch nicht freigegeben. Auch die mitteldeutschen und sächsischen Rohe-

rengierereien haben vor einiger Zeit eine Erhöhung der Verkaufspreise für Kanalisations- und Leitungsröhren um 50 Pfg. für 100 Kg. beschlossen und es ist trotz einiger lebhafter Zweifel gegenüber der Durchführbarkeit dieses Beschlusses gelungen, diese Preise überall durchzusetzen und ihnen schließlich den Charakter unangeworfener Preise zu geben. Auch auf anderem Gebiete sind die Unternehmer in der mitteldeutschen und sächsischen Rohrenfabrikation sehr hoffnungsfreudig. Für gußeiserne Gasröhren werden die Preise gleichfalls durchgehend um 50 Pfg. für 100 Kg. höher gehalten, und man glaubt, mit Sicherheit noch höhere Verkaufspreise schon in nächster Zeit durchsetzen zu können.

In Baugiebereien sind dort die Bestellungen auf Bauguß und Träger gleichfalls sehr reichlich eingelaufen, sodaß auch hier höhere Verkaufspreise durchgesetzt werden konnten. Man hatte sich zunächst mit einem Aufschlage von 5 Mk. für 1000 Kg. begnügt, doch hat sich diese Erhöhung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Roheisenmarktes „als unzureichend herausgestellt“, sodaß die Eisengiebereien für Baugüßeisen und gußeiserne Stützen eine weitere Erhöhung eintreten lassen wollen. Die Abnehmer sträuben sich auch hier und „verhandeln“. Aber schließlich entscheidet bei diesen Verhandlungen ja doch lediglich die Machtfrage.

Auch die Mitteilungen über die Finanzspruchnahme und Beschäftigung der industriellen und bergbauischen Unternehmungen sind durchaus befriedigend. Syndikats-offiziösen Meldungen zufolge betrug der rechnungsmäßige Rohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats im April ds. J. 4 911 516 Tn., d. i. 84,14 Proz. der Beteiligung gegen 78,71 Proz. im gleichen Monat des Vorjahres und 86,58 Proz. im März 1906. Ein gleiches, vielleicht noch besseres Resultat weiß der große Stahlwerksverband in Düsseldorf mitzuteilen. In der letzten Beiratsitzung dieses Roheisenverbandes wurde mitgeteilt, alle Verbandswerke seien andauernd sehr stark beschäftigt und könnten den an sie gestellten Anforderungen nur mit Mühe nachkommen. Im Einzelnen wird dann unter eingehender Begründung berichtet: Der Abruf in Halbzeug ist fortgesetzt äußerst lebhaft, die inländische Rundschau hat ihren Bedarf für das dritte Quartal durchweg eingedeckt. Die angeforderten Mengen stehen auch für diesen Zeitraum die bisherige starke Beschäftigung. Das Geschäft in Eisenmaterial liegt nach wie vor sehr günstig, die Werke sind zum Teil bis in das Jahr 1907 hinein in Anspruch genommen. Das schon seither sehr umfangreiche Geschäft in Millenschienen hat sich weiter günstig gestaltet. Auch hier wurden die Preise aufgebessert; die Millenschienenwerke sind bis weit in das vierte Quartal hinein voll besetzt. Vom Auslande konnten wieder verschiedene größere Geschäfte in Schienen und Schwellen zu erhöhten Preisen hereingenommen werden. Das Geschäft in Formeisen ist der Jahreszeit gemäß recht befriedigend. Auch im Inlande wurden unter Berücksichtigung der gegen früher erheblich gestiegenen Gesteinskosten höhere Preise als bisher bereits erzielt, der Verkauf im Inlande

Erdbeben und Vulkan.

G. v. Reichenbach.

(Nachdr. verb.)

„Nur sehr wenige Naturerscheinungen auf Erden gibt es, die geeignet sind, den menschlichen Geist in nachhaltiger Weise zu fesseln, sein Denken und Forschen in höherem Maße anzuregen, als die Tätigkeit der Vulkane und der Erdbeben, als die Frage nach ihrer Entstehung, vollends in Tagen, da die geheimnisvollen Kräfte der Unterwelt wieder einmal, wie schon so oft, plötzlich und unerwartet blühende Städte vernichten, reichgesegnete fruchtbare Landstriche verengen und ganze Inseln dem Untergange und der Vernichtung durch die Gewalten des Erdinnern geweiht säeinen! In solchen Zeiten drängt sich die Frage nach dem Warum und Wie dieser Dinge besonders gern in den Vordergrund und der Fachmann, der Geologe, soll dann Aufklärung geben über die Ursachen, welche diese grauenhaften Erscheinungen heraufbeschworen haben.“ Mit diesen Worten leitete Professor Haas in Kiel im Jahre 1903 sein Buch über Natur und Wesen der Vulkane ein. Man wird aber gern zugeben, daß diese Sätze auch heute geschrieben sein könnten, heute, da wir den gewaltigen, zerstörenden Ausbruch des Vesuv, den fast völligen Untergang der großen und schönen Stadt San Franzisko noch frisch im Gedächtnis haben, da von der Insel Formosa im fernen Ostasien ebenso wie von dem aserumbräunten nördlichen Japans Rande kommt von vulkanischen Ausbrüchen und schweren, verhängnisvollen Beben der Erdoberfläche.

Die infolge dieser Ereignisse am meisten beiprochenen Fragen lauten: Hängen vulkanische Tätigkeit und Erdbeben zusammen, oder spielen bei ihnen von einander unabhängige Kräfte ihre furchtbare Rolle? Diese Fragen lassen sich nicht ohne weiteres bejahen oder verneinen, da es von Fall zu Fall darauf ankommt, welcher Art die vulkanische Tätigkeit und welcher Art das Erdbeben ist. Daß aber der letzte Ausbruch des Vesuv und die Zerstörung San Franziskos in letzter Linie auf dieselbe Kraft des Erdinnern, bezw. der starren Kruste des Erdballes zurückzuführen sind, darf man auf Grund der bisherigen wissenschaftlichen Erfahrungen annehmen.

Freilich muß man von vornherein zugeben, daß sich die Gelehrten durchaus nicht ganz einig sind über diese Urkraft. Das darf nicht Wunder nehmen, sind wir auch heute doch nur in der Lage, etwa 2 Km. von den 12 1/2 tausend Km. des Erddurchmessers genau zu kennen und zwar durch das bis jetzt tiefste Bohrloch, dasjenige von Paruschowik in Oberschlesien. Für unsere Kenntnis alles dessen, was tiefer liegt, sind wir auf Vermutungen und Annahmen angewiesen, auf Ansichten, die allerdings nicht bloß aus der Luft gegriffen wurden, sondern auf indirekten Erfahrungen und berechtigten Schlüssen beruhen. Trotzdem werden wir uns wohl in alle Zeiten mit R. Fr. Raumann, einem der Altimeister der Geologie und weiland Professor dieser Wissenschaft an der Leipziger Hochschule bescheiden müssen, der vor etwa 50 Jahren schrieb: „Das Innere unseres Planeten ist für unsere unmittelbaren Wahrnehmungen so unerreichbar, daß man es für ein verwegenes und fruchtloses

Beginnen halten möchte, irgend etwas Bestimmtes über seine Beschaffenheit ausmitteln zu wollen.“

Wie oben schon angedeutet, kommt es in erster Linie auf die Art und das Auftreten der vulkanischen Ausbrüche und Erdbeben an, um sie tagieren und klassifizieren zu können. Im allgemeinen unterscheidet man Erdbeben infolge von Einstürzen innerhalb der festen Erdkruste, des weiteren vulkanische und endlich tektonische, d. h. solche, die auf Grund der Beschaffenheit und Entwicklung der Erdkruste und des Erdhalles entstehen und entstehen müssen.

Die erstgenannte Art kann man eigentlich nicht „Erdbeben nennen, sondern nur ein Beben, Erzittern eines meist nur geringen Teiles der Erdoberfläche. Diese Beben sind nicht selten in Gegenden mit vielen Kalkablagerungen bezw. Kalkgebirgen, in denen vielfach, z. B. im südlichen Oesterreich, durch Wasser große Hohlräume ausgewaschen werden, die bei ihrem Zusammenbruch die Umgebung schwächer oder kräftiger erschüttern lassen. Kleinere Zusammenbrüche und kleinere Beben kommen häufiger in Gegenden mit starkem Bergbau vor, wenn die Gruben abgebaut sind und mit der Zeit in sich zusammenbrechen. Sollte das Stilllegen der Kohlen-gruben im südlichen Ruhrgebiet größeren Umfang annehmen, werden dort Erdschütterungen jedenfalls häufig werden, sofern die Grube nicht mit Gesteinsmaterial oder Sand, wie man neuerdings plant, ausgefüllt werden.

Die sogen. vulkanischen Beben kann man auch kaum eigentliche Erdbeben nennen, sofern sie lediglich durch den Ausbruch des Vulkans hervorgerufen sind und nur auf die nähere Umgebung des Berges sich erstrecken.

ist für das dritte Quartal dieses Jahres noch nicht freigegeben worden. — Das Neueste dazu ist, daß der Stahlwerksverband für Halbzeug und Formeisen schon wieder eine weitere Preiserhöhung von 5 Mark pro Tonne planen soll.

Auch die einzelnen Werke machen über die gegenwärtige Beschäftigung und die Ausichten in absehbarer Zukunft durchaus befriedigende Mitteilungen. In der Generalversammlung der Donnersmarchhütte, Oberschlesischen Eisen- und Kohlenwerk A.-G. wurde nach Genehmigung einer 14prozentigen Dividende mitgeteilt, daß man dem gegenwärtigen Stande der Dinge für das kommende Jahr gleichfalls auf einen hohen Reinertrag gerechnet werden dürfe. Die Oberschlesische Zinkhütte A.-G. gibt zu wissen, daß sie von dem bisherigen Geschäftsgang in der Metallindustrie im laufenden Geschäftsjahre recht zufrieden sei. Das Werk plant trotz fortgesetzter neuer Anlagen in der letzten Zeit weitere neue Anlagen, so insbesondere die Anlage einer weiteren Zinkblechwalzstraße im Kunigundenwerk, um dadurch eine Verdoppelung der bisherigen Produktion an Zinkblech zu erreichen. Das Dortmunder Eisen- und Stahlwerk Hösch will 1—2 Millionen Mark für den Ankauf von großen Kohlen- und Erzfeldern an der französischen Grenze aufwenden und der Förder Verein soll die Absicht haben, sich an dieser Erwerbung zu beteiligen.

Wenn trotz dieser günstigen Berichte aus der Industrie selber die letzte Zeit an der Börse ein sehr lebhaftes, manchmal durchaus nicht „festes“ Geschäft zu beobachten war, dann war das auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen. Zwei große Momente sprachen für eine gute Auffassung der Sachlage, ein anderes verbreitete Schrecken. Die Aufnahme der Arbeiter durch das neue russische Parlament, die Duma, könnte trotz des geringen Entgegenkommens, das ihr die Regierung bisher gezeigt hat, stimmen hoffnungsvoll und die bekannte Art und Weise, wie die Duma sich mit der ungeheuren schwierigen Situation abfindet, rief allgemein die Ueberzeugung wach, daß Rußland jetzt besseren Zeiten entgegengehe. Das hebt natürlich die Kurse, denn solche Ausichten auf eine vermehrte Finanzspruchnahme der Industrie müssen doch von den fleißigen Herren an der Börse mit Beschlag belegt werden, ehe sie ihrem günstigen Einfluß auf die Lage der Arbeiter geltend machen können. Wofür stehen denn auch sonst die Großkapitalisten an der Börse mit einem großen Köffel bereit, als darum, den Rahm von der Milch zu schöpfen! An zweiter Stelle spielten die Meldungen über San Francisco eine große Rolle. Die Stadt wird also wieder aufgebaut werden und zu dem Ende sind in den nördlichen Staaten der nordamerikanischen Union ungeheure Aufträge an allen möglichen Bauartikeln besonders der Eisenindustrie eingelaufen. Eine Angst vor der amerikanischen Konkurrenz braucht man also

in Europa in absehbarer Zeit nicht mehr zu haben. Die Herren haben drüben selber genug Gelegenheit zu großen Geschäften. Infolgedessen werden natürlich auch von den europäischen Werken manche Aufträge zuzollen, die sonst von amerikanischer Seite mit Beschlag belegt worden wären. Das ungünstige Moment dagegen war die Arbeiterfrage und der Ausperrungsbeschuß des Verbandes der Metallindustriellen. Die Art und Weise, wie die Beschlüsse dieser Körperschaft nach und nach durchgeführten, mußte ja zu ganz verzweifeltsten Spekulationen an der Börse reizen. Wenn 300 000 Arbeiter zu einer Kraftprobe ausgesperrt werden sollen in der Absicht, sie solange aus der Arbeit fern zu halten, bis sie bedingungslos zu Kreuze gekrochen sein würden, dann mußte das natürlich zu einer geradezu gemeingefährlichen Unklarheit Anlaß geben. Tatsächlich lastet diese denn auch heute noch auf unserem wirtschaftlichen Leben.

Die Möglichkeit, daß es hier und da zu großen Kraftproben kommen kann, die das eine oder andere Werk empfindlicher trifft, umso mehr, als in dem Verbanne der Metallindustriellen gerade die kleineren Unternehmer organisiert sind, die bei einer längeren ihnen aufgezwungenen Aussperrung am ärgsten getroffen werden müßten, wirkt belästend.

Auf dem Gebiete des Kartellwesens scheint sich seit einiger Zeit eine Art Ueberättigung geltend zu machen. Man hört nicht viel mehr von neuen Gründungen auf diesem Gebiete. Freilich haben wir ja nachgerade genug davon. Das Neueste ist nur, daß jetzt auch die Emailierwerke sich mit Syndizierungsplänen tragen. Es haben bereits Versammlungen maßgebender Werke stattgefunden, ohne daß es bisher zu einer Ueber einstimmung in bezug auf den Charakter der zu bildenden Vereinigung gekommen wäre. Den Anstoß zu den jetzigen Kartellbestrebungen hat die erhebliche Steigerung der Rohmaterialienpreise gegeben, die in den letzten Monaten eingetreten ist. Ein Erfolg ist aber doch noch sehr fraglich, denn die Konkurrenz zwischen den Fabriken mit guten Waren und den Fabrikanten für Warenhausmaterial ist zu groß, als daß eine Einigung auf die Verteuerung der Rohstoffpreise allein aufgebaut werden könnte.

Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

Während in England im letzten Jahrzehnt die großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit — (Streiks, Aussperrungen etc. immer seltener werden — an Stelle des Kampfes ein Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren getreten ist — tobt in Deutschland der Kampf mit steigender Heftigkeit fort.

Im verfloßenen Jahre war der Kleienkampf der Bergleute zu verzeichnen, große Aussperrungen in der Metallindustrie, Textil- und Daugerwerbe, welche nicht bloß den beteiligten Faktoren schwere Opfer auferlegte, sondern dem ganzen Wirtschaftsleben großen Schaden zufügten, welcher hunderte von Mill. Mark aufwiegt und die Konkurrenz des Auslandes gestärkt hat. Diese Kämpfe hätten zum größten Teil vermieden werden können, wenn das deutsche Unternehmertum die Arbeiter als gleichberechtigt anerkannte und sich in Unterhandlungen herbeigelassen hätte.

Erneut greift das deutsche Unternehmertum zu einer Machtprobe, indem es einen Kampf inszeniert, welcher als der größte in Deutschland dasteht; die Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern.

Einseitige Männer sind sich darüber einig, daß Mittel und Wege ausfindig gemacht werden müssen, um auch in Deutschland an Stelle des robusten zerstörenden Kampfes, zur Verständigung zu gelangen, wenn unser ganzes Erwerbsleben nicht zu gunsten des Auslandes zerstört werden soll, denn solche große, gewaltige Erschütterungen auf die Dauer zu extragen, ist jedem Lande unmöglich.

Die Gesellschaft für soziale Reform, welche schon seit Jahren sich bemüht, ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen, hatte auch hier wieder die Initiative ergriffen und angeregt, das Einigungsamt und Schiedsgerichtswesen in England an Ort und Stelle zu studieren, um so erneut zur Nachahmung in Deutschland anzuregen.

Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission bestimmt, bestehend aus den Vertretern der Gesellschaft für Sozialreform und den angeschlossenen christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsorganisationen der Metall-, Berg-, und Textilindustrie. Die Kommission bestand aus den Herren Dr. Zimmermann, Sekretär der „Sozialen Praxis“, Dr. Brauns aus M.-Glabach, Stegerwald-Köln, Generalsekretär des Gesamtverbandes; Schiffer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes; Wieber, Vorsitzender des christl. Metallarbeiterverbandes; Behrens und Imbusch, vom christlichen Bergarbeiterverband; Hartmann, Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter; Hamacher, Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter; Ebel, Gewerkschaftsverein der Textilarbeiter. Als Dolmetscher fungierte Herr Kenebhart-London, Journalist, der jahrelang schon in London gelebt und mit den örtlichen Verhältnissen betraut war.

Die Kommission hat in vierwöchentlicher Dauer die wichtigsten Städte und Industriebezirke Englands und Schottlands bereist, und soweit es möglich war, mit Arbeiterführern und Vertretern der Organisationen sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber in Verbindung gesetzt. Auch eine Anzahl industrieller

Kollegen! gedenket der ausgesperrten Mitglieder unseres Verbandes!

Die eigentlichen Erdbeben sind die tektonischen, die, wie schon bemerkt, infolge der Eigenart der Erdkruste bzw. des Erdinnern entstehen. Ueber diese Art Erdbeben, die allein für sich, d. h. ohne nebenherlaufende, vorhergehende und nachfolgende Vulkanausbrüche vorkommen, oder auch mit diesen, gehen die Ansichten vielfach auseinander. Professor Matteucci, der Vorstand des wissenschaftlichen Beobachtungspostens auf dem Vesuv, hat sich kürzlich folgendermaßen ausgesprochen: „Von den Urzeiten an, da der Erdball sich zu verdichten begann, bis in unsere Zeit hinein, macht sich die Begierde der tief im Kerne der Erde glühenden Massen, von innen nach außen zu toben, geltend. Als unser Planet noch im flüssigen Zustande sich befand, waren sie in ihrer Wut durch nichts gehemmt. Jetzt aber steht ihnen die Erdkruste ein Hemmnis entgegen. Gelingt es ihnen, diese feste Schicht zu sprengen, so zeigen sich vulkanische Erscheinungen, hält die Rinde stand, so bebt die Erde. Daß Erdbeben und Vulkanausbrüche verschiedenartige Wirkungen derselben Ursachen seien, offenbart sich immer aus dem zeitlichen Zusammentreffen dieser Naturerscheinungen. In diesem Augenblicke aber bekräftigt die Eruption des Vesuv und das Erdbeben in Kalifornien meine Annahme in vollendeter Weise.“ Matteucci nimmt also an, daß das noch glühende Erdinnere der Herd für die Kräfte sei, die den Vulkanausbruch ebenso wie das Erdbeben verursachen. Die Ansicht war und ist noch sehr verbreitet. Auch der große Naturforscher Humboldt hat ihr i. Z. zugeneigt, nennt er doch die Vulkane die Sicherheitsventile der Erde. Damit ist daselbe gesagt, was Matteucci lehrt: „Gelingt es ihnen (den Kräften des glühenden Erdinnern)

die feste Schicht (die Erdkruste) zu sprengen, so zeigen sich vulkanische Erscheinungen, hält die Rinde stand (funktionieren also die Ventile nicht), so bebt die Erde.“

Diese Ansicht hat aber ihre sehr bedenklichen Seiten. Denn wenn die Stärke-Berechnung der erstarrten, festen Erdkruste nach der der Tiefe zu stetig wachsenden Wärme richtig ist, dann kann die Erdrinde nur 40 bis 50 km. stark sein; ihr würde aber ein glühender bzw. glutflüssiger Erdkern von fast 12 000 km. Durchmesser gegenüberstehen. Da läge denn gar kein Grund vor, daß die Kräfte der riesigen Blutmassen und ihrer Gase die Erdkruste nicht wie dünnes Papier zersprängen. Um einen Ausweg zu finden, haben andere Gelehrte angenommen, die Erdkruste sei viel stärker.

Eine andere Annahme geht dahin, daß bei Erdbeben und Vulkanausbrüchen das vorausgesetzte glühende Erdinnere gar nicht beteiligt sei, sondern daß beide Naturerscheinungen lediglich Folgen der Weiterentwicklung der Erdkruste seien. Man folgert dann etwa so: Da eine Masse, während sie glüht, einen größeren Raum einnimmt als wenn sie erkaltet ist, muß der Erdball bei seiner allmählichen Abkühlung mehr und mehr zusammenschrumpfen, kleiner werden. Der um den kleiner werdenden Erdkern aber liegende Erdmantel, die Erdkruste, muß der abnehmenden Größe des Erdkernes folgen und sich dann ineinanderchieben bzw. da und dort aufhäufen. Durch diese Bewegung des Erdmantels türmen sich dann die Gebirge auf, entstehen aber auch die Erdbeben. Da aber dort, wo sich die Erdkruste ineinander schiebt, eine ungeheure Reibung und Hitze entstehen muß, bilden sich Vulkane, die das durch die Reibungshitze geschmolzene Material gewaltsam austößen. Nebenbei wird schließ-

lich angenommen, daß an den Druckflächen auch Teile des glühenden Innern mit herausgepreßt werden.

Das läßt sich ganz gut hören und erklärt auch leidlich die Erdbeben, zur Not auch die Vulkane und viele ihrer Ausbrüche, aber gibt keine Erklärung für die ungeheuren Gasausblasungen wie sie bei dem Mont Pelée auf Martinique zu beobachten war, wo eine derselben an 30 000 Menschen binnen kürzester Frist erstickte bzw. verbrannte.

Wie man sieht, gehen die Ansichten der Wissenschaft über Vulkane und Erdbeben — wir könnten noch viele Abweichungen anführen — ziemlich weit auseinander. Darin ist man aber ziemlich einig, daß Erdbeben und vulkanische Tätigkeit wie Matteucci sagt, „verschiedene Wirkungen derselben Ursachen“, derselben Urkraft sind, gleichviel ob wir glauben, diese Kraft in der Erdkruste oder im Erdinnern suchen zu sollen.

Mag es für den Wissensstolz nicht angenehm sein sich sagen zu müssen, daß der Mensch gerade den so auffälligen, so erschreckenden und so gewaltigen Naturerscheinungen, wie es Erdbeben und Vulkanausbrüche sind, gleich einem ohnmächtigen Kind und ähnlich einem recht Unwissenden gegenübersteht; mag es immerhin sein, sagt ein bedeutender Forscher, „daß, falls es in vielen tausend Jahren noch Geologen gibt, die über unser Erregungenschaften mitteilsvoll lächeln im Vollgefühl der unendlich erhabenen Standpunktes, den sie dann eifern nehmen; aber, mag derselbe noch so hoch über den unigen stehen, auch die Menschheit der allerfernsten Zukunft werden und müssen die Worte Geltung haben, die vor halb zweitausend Jahren der Mann aus Larjos an die Korinter schrieb: „Unser Wissen ist Stückerl.“

Werte der Metall-, Berg- und Textilindustrie wurden befragt, und sich so an der Hand der praktischen Erfahrung die Verschiedenheit des Kollektivvertrages gleitende Lohnskala, Einigungsweisen in den einzelnen Berufen ein Urteil zu bilden.

Die Erfahrungen und Feststellungen der Kommission sollen wissenschaftlich bearbeitet und der diesjährigen Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform als Denkschrift vorgelegt werden.

Aus diesem Grunde müssen wir uns vorzogen, näher auf die Einzelheiten des eigentlichen Tarif- und Einigungsweisen einzugehen, weil dadurch das Interesse für die spätere Veröffentlichung abgeschwächt und so der Zweck der Reise zum Teil vereitelt würde. Aber außer dem eigentlichen Schiedsgerichts- und Einigungsweisen hat die Reise noch so manche interessante Beobachtungen über die englischen Arbeiterverhältnisse und ihrer Organisationen ergeben, die auch für unsere Kollegen von Interesse sind und die wir in Kürze in mehreren Artikeln besprechen werden.

Für heute sei nur erwähnt, daß bei den Kommissionsmitgliedern manche Illusionen verflohen, sie nicht so ideal vorgefunden wie sie nach Büchern zu urteilen glaubten berechtigt zu sein. Besonders der große Gegensatz zwischen den gelehrten und ungelehrten Arbeitern, der Mangel an sozialer Fürsorge bezüglich der Versicherungsgefehrdung, des Fehlens des allgemeinen Schulzwanges und des sich daraus ergebenden tieferen geistigen Niveaus breiter Arbeiterschichten, ebenso die Abschließungspolitik vieler Gewerkschaften können als Schattenseiten bezeichnet werden.

Dieses soll uns aber nicht abhalten, andererseits voll und ganz anzuerkennen, daß der englische Arbeiter der erste war, der sich aus tief herabgedrückten Verhältnisse sich eine achtunggebietende Stellung errungen. Auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisation und Konsumvereinswesen vorbildlich, war für alle übrigen Arbeiter und vor allem, daß sie es verstanden haben, sich bei den Arbeitgeber jenseitige Achtung zu erringen, welche sie als gleichberechtigten Faktor und vertragsschließender Teil anerkennen mußten. Gerade im letzteren Punkte können die deutschen Arbeiter noch vieles von den Engländern lernen, wie andererseits die englischen Arbeiter auch manches von den Deutschen lernen könnten; besonders in dem einen Punkte, daß nicht bloß eine kleine, bevorzugte Auslese von Arbeitern, sondern der ganze Arbeiterstand sozial und wirtschaftlich gehoben werden muß, wenn nicht in den untersten Arbeiterschichten noch größerer Pauperismus eintreten soll.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß die Kommission überall, sowohl bei Behörden, Arbeiterführern wie Arbeitgebern bereitwilligste Entgegenkommen gefunden hat, und nach allen Richtungen Ausblick erhellt. Unsere Herren Kollegen in der Metallbranche aller Berufe verdienen darin ein besonderes Lob. Sowohl Herr Barnes, der Führer des 100 000 Mitglieder zählenden Maschinenbauverbandes wie auch die Sekretäre der Walzwerk-, Hochöfenarbeiter, Selbstmetallindustrie, Kesselschmiede, sowie Schiffbau zc. sind uns in gleicher Weise entgegengekommen und nicht bloß das Einigungs- und Schiedsgerichtswesen innerhalb ihres Berufes schilderten, sondern auch die speziellen Verhältnisse und Einrichtungen innerhalb ihrer Organisationen. Auf nähere Einzelheiten werden wir in nächster Nummer zurückkommen.

Eine imposante Kundgebung für die christlich-nationale Arbeiterbewegung des Saarreviers.

Seit einigen Monaten hat der christlich-soziale Metallarbeiterverband im Saarrevier die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die Gegner der Arbeiterbewegung unter Anführung des bekannten Dr. Tille haben, wie aus voriger Nummer des Organs zu sehen ist nichts unversucht gelassen, um unsere hoffnungsvolle Arbeit zu vernichten. Aber alles war vergebens. Wie der Frühling mit seinem zarten Grün die Hoffnung weckt auf eine bessere Zeit, so hat auch in den Herzen der Saarküstenleute die Tätigkeit unseres Verbandes ein Echo gefunden das aus Klingt in — Freiheit — Recht und Menschenwürde. Alle sozial gesinnten Bürger und Arbeiter haben erkannt, das für das Saarrevier eine andere Zeit begonnen und wahrlich keine schlechte.

Aus Anlaß der Vorkommnisse auf der Burbacher Hütte hatte der Vorstand des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands am Mittwoch, den 16. Mai

im „Tannhäuser“ alle sozial gesinnten Arbeiter und Bürger, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung freundlich gegenüberstehen, zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberufen. Die Versammlung war sehr gut besucht und machte einen imposanten Eindruck. Gewerkschaftssekretär Brendel als Leiter der Versammlung gab dem Kollegen Berner aus Nachen das Wort zu seinem Vortrage „Kämpfen die christlichen Arbeiter in Burbach um ihre Rechte?“ Der Referent bemerkte einleitend, daß es verneinend wäre, zu behaupten, daß von der Arbeit des Proletariats allein das Wohl des Vaterlandes abhängig sei, daß die übrigen Stände überflüssig seien. Alle Arbeit sei der Anerkennung wert, die im Interesse der Gesamtheit geschehe. Die Arbeit des Staatsmannes, des Gelehrten, des Künstlers zc. Darum stellen wir Arbeiter an die Gesellschaft die Forderung, den rechtmäßigen Ertrag der Arbeitskraft, einem jeden, der gearbeitet hat, zukommen zu lassen. Weil sich heute viele nicht darum kümmern, sondern auf Kosten der Arbeiterklasse ein bequemeres Leben führen, ist es verständlich, daß auch einmal dem Arbeiter, der nicht in der Lage ist, irgend einen Ausweg zu finden, die Fornscreote ins Gesicht steigt. Es ist begreiflich, wenn er schließlich auch an den Arbeitgeber die Frage richtet, bin ich nicht gerade so gut wie Du berechtigt, in der Gesellschaft als nützlicher Faktor anerkannt zu werden. Aus diesen Erwägungen heraus ist das Koalitionsrecht geschaffen worden. Auf Grund dieses Rechts gehen die christlich-sozialen Arbeiter dazu über, zu ihren Kollegen zu sagen, organisiere dich, damit du im Rahmen des christlichen Sittengesetzes ein Wort mitzusprechen hast, um die Arbeitsverhältnisse zu regeln. Dieses Recht haben die Handwerksmeister und Arbeitgeber. Es wird keinem christlich Arbeiter einfallen, ihnen dieses Recht streitig zu machen. Dasselbe Recht wird aber ein vernünftiger Mensch aus Arbeitern nicht verwehren. Und die leitenden Männer im Staatswesen verhehlen es uns auch nicht. Daraus geht schon hervor, daß wir nichts Unrechtes, nichts Unmögliches wollen. Zu bezweifeln, daß Vosabowsky mit seiner diesbezüglichen Äußerung im Reichstage etwas Vernünftiges gesagt habe, blieb einem Dr. Tille überlassen, der dies eine augenblickliche Ewigkeit nennt. Warum, so fragen wir uns, bekämpft Dr. Tille die Arbeiterorganisationen? Warum läßt er die Berufsorganisation nicht ungeschoren, wenn sie keinen Einfluß hat auf die Regelung der Produktion zc.? Er mußte es als gebildeter Mensch nicht nötig haben, mit Verdächtigungen auf der Bildfläche zu erscheinen und hierdurch die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Wir sind gerne bereit, mit Dr. Tille einen Streit anzufechten, wir sind gerne bereit, den Beweis zu erbringen, für unsere Behauptungen, wenn Dr. Tille vernünftige Mittel und anständige Waffen in diesem Kampfe gebraucht. Wer Recht oder Unrecht hat, das sollen dann die Unbeteiligten erweisen. Und ich meine, wenn man nicht gefürchtet hätte, daß die Arbeiter nach der Seite hin etwas herauszuschlagen, könnte man es doch den Arbeitern überlassen, nach ihrem Gutdünken von den christlichen Gewerkschaften zu halten, was ihnen willkommen ist. Aber nein, Dr. Tille wie auch die Burbacher Hütte, suchen auf anderem Wege die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Kaum hört man von einem christlichen Metallarbeiterverband, da erscheint an der Hütte ein Toranschlag, welcher von Verdächtigungen und Verheerungen redet. In der „Saarindustrie“, in der „Mals-Burb. Ztg.“ erscheint ein Artikel aus der Feder von Dr. Tille, der sofort die anständigen Waffen verächtlich und sich in Verdächtigungen und unwahren Behauptungen ergeht. Ich habe vor mir eine Nummer, wo Dr. Tille über die Unreife der christlichen Gewerkschaftsführer schreibt. Er erklärt, daß es ein wirtschaftlicher Unsinn, oder Unvernunft und Bosheit sei, wenn man hier für die Hüttenarbeiter des Saarreviers kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn verlangt. Dr. Tille weiß, was er schreiben muß. Er schreibt, bei guter Konjunktur längere Arbeitszeit, bei schlechter Konjunktur kürzere Arbeitszeit, wenn auch mit etwas niedrigen Löhnen. Meine Herren! Ich führe Sie hin an die Hochöfen, wenn wir in etwa 14 Tagen auch in der Sonne vielleicht 21 Grad haben, wo die Männer stehen, bekleidet mit nichts weiter als einer Hose, ich führe Sie hin, dort wo eine Hitze von 40 bis 50 Grad ist und ich bin überzeugt, wer sich nur 24 Stunden oder nur während einer Schicht von 12 Stunden neben die Leute gestellt hat, ohne einen Finger zu rühren, vergeht ihm die Böswilligkeit und wirtschaftliche Unvernunft. Wenn Dr. Tille mit mir den Versuch machen will, ich glaube daß ich den Beweis erbringen kann, daß, wer für diese Arbeiter längere Arbeitszeit verlangt, daß ich von dem sagen darf, daß dies wirtschaftliche Unvernunft und Böswilligkeit ist. Denn der Mensch und auch der Arbeiter, ist nicht geboren, daß er während 12—15 Jahren seiner Tätigkeit das letzte Mark vergeuden soll an den Hochöfen und bei dieser übermenschlichen Hitze. Auch der Hüttenar-

beiter ist Familienvater und berufen, als Mensch zu leben.

Wir dürfen behaupten, wenn Dr. Tille mit solchen Waffen gegen uns kämpft, hat er sich die Sympathie der weitesten Kreise verschert, erst recht derjenigen Kreise, die sich einigermassen mit Sozialpolitik und der Förderung der christlichen Berufsorganisation befaßt haben. Was hat die Hütte gegen uns ins Feld geführt? Den Beweis, daß wir ungerechtes fordern, hat sie nicht erbracht. Wenn Herr Dr. Tille von Unfähigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer schreibt, dann hat er das, was er behauptet hat noch lange nicht bewiesen. Er hat aber dadurch auch bewiesen, daß er ist, um die Industrie und die Handelskammer in Saarbrücken zu vertreten. (Bravo). Wir forderten bis jetzt nichts, als nur unseren geistlichen Rechte und wir verlangen nicht mehr, als das was nicht genommen wird, was man für sich in Anspruch nimmt. Dennoch hat man Arbeiter entlassen, nur weil sie ihrer christlichen Organisation treu geblieben sind. Arbeiter, die 36 Jahre lang ihre Pflicht treu erfüllt haben, Arbeiter, die nach 25 Jahren ihrer Tätigkeit eine goldene Uhr zum Geschenk erhalten haben, mit den Worten: „Für 25jährige treue Dienste in dankbarer Anerkennung“. Weil nichts half im Kampfe gegen uns, kündigte man 60 Arbeitern. Wir haben mit Recht dagegen protestiert. Als in der Nacht darauf von einem rohen Gewaltmenschen dem Direktor Baumann die Fenster eingeworfen wurden, wurde dies ohne weiteres dem christlichen Metallarbeiterband in die Schuhe geschoben. Das schlug dem Faß den Boden aus. Auch in führenden liberalen Kreisen, wie in der „Saarbr. Ztg.“, hat man diese Beschuldigung Dr. Tilles mit Entrüstung zurückgewiesen. Wo, warum dieser Kampf gegen uns? Doch nur, weil man das Gewissen nicht ganz rein hat. Nebenher kommt auf die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sprechen und geißelt die auf die niedrigsten Instanzen appellierenden Behauptungen des Dr. Tille und seiner Helfershelfer über die Befolgung der christlichen Gewerkschaftsbeamten.

Genes Pamphlet steht mir zu niedrig, um im Detail dagegen zu polemisieren, aber ich könnte dem Dr. Tille den Beweis erbringen, daß ich keine 1800 Mk. Gehalt beziehe, ich könnte ihm aber auch beweisen, daß ich vor 2 Jahren eine Stelle angetragen bekommen habe mit weit mehr Gehalt als 2000 Mk. Nicht um des Geldes willen arbeiten die christlichen Beamten. Wir haben nicht nötig in dieselbe Kerbe zu hauen. Aber den Saarküsten- und Hüttenleuten möchte ich sagen, schafft denn der Arbeiter nicht auch mit, daß ein Herr Dr. Tille seinen Gehalt bekommt und daß derjenige, der die Interessen des Arbeiters vertritt und für sie tätig ist, nicht vom Winde leben kann, sollte doch der einsehen der auch seinen Gehalt beansprucht. Wenn die höchsten Staatsbeamten und kirchlichen Autoritäten aus beiden Konfessionen unter Bestehen anerkennen, dann frage ich Sie, ist hier im Saarrevier einer, der lediglich deswegen, weil die christlichen Arbeiter sagen, ich organisiere mich, mit Berechtigung den Arbeitern gegenüberzutreten kann, sie ausperren und einen solchen Kampf gegen sie führen kann, wie ich Ihnen vorher schilderte! Der Redner appellierte zum Schluß an die Solidarität der Arbeiter und an den Gerechtigkeitsinn der Bürger. Der Kaiser habe durch sein Telegramm an den Frankfurter Arbeiterkongreß bewiesen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine nationale und vaterländische Bewegung sei, die Förderung verdiene. Den Ausführungen des Redners folgte stürmischer Beifall.

Gewerkschaftssekretär Gutische, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, schlug der Versammlung vor, in keine Diskussion einzutreten, sondern die Versammlung zu vertagen wegen der vorgeschrittenen Zeit. Die Versammlung genehmigte diesen Vorschlag. Inzwischen war folgende Resolution eingelaufen:

Die heute Mittwoch, den 16. Mai 1906 in St. Johann im „Tannhäuser“ tagende von ca. 1000 Personen besuchte Versammlung christlicher Arbeiter und Bürger verurteilt auf das entschiedenste die Gewaltmaßregeln der Burbacher Hütte gegen die christlich organisierten Metallarbeiter. Alle Anwesenden sind der Ansicht, daß ebenso wie den Arbeitgebern auch den Arbeitern das gegenseitig gewährleistete Koalitionsrecht in keiner Weise beschnitten werden darf. Eine Entrechtung der Arbeiter in der Weise, wie sie die Burbacher Hütte in den letzten Wochen vorzunehmen verüht, kann nicht scharf genug verurteilt werden, weil sie dem schwachen Arbeiter die einzige Möglichkeit nimmt, mitzuarbeiten an der sozialen Lage seines Standes.

Mit Entrüstung weisen die Versammelten ganz besonders die durch nichts bewiesenen Verdächtigungen und Verleumdungen zurück, welche Dr. Tille und seine Auftraggeber sich gegen die christliche Berufsorganisation und deren Führer erlaubt haben. Die

Verammlung erklärt, daß der Kampf der christlichen Arbeiter in Burbach ein gerechter Streit ist, den dieselben führen, weil er ihnen gegen Gesetz und Recht aufgebracht wurde, weil sie nicht ihr Koalitionsrecht mit Füssen treten ließen. Sofern es auf der Burbacher Hütte zu einem Streite kommen sollte und dieses Rechtes willen, versprechen alle Anwesenden die christlich organisierten Metallarbeiter hierbei finanziell und moralisch nach besten Kräften zu unterstützen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung im Saarrevier in Zukunft zu fördern, betrachten die Versammelten als eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Gewerkschaftssekretär Gutschke bemerkte im Schlußworte noch, daß ihn ein hervorragender liberaler Sozialpolitiker brieflich ersucht habe, alles Material inbezug auf die Burbacher Hütte, die er als „skandalöse Vorgänge“ bezeichnet, an einen bekannten Reichstagsabgeordneten zu senden, damit diese Dinge bei der dritten Lesung des Stats besprochen würden. Gutschke schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoch, in das die Versammelten bis auf ein Duzend Sozialdemokraten, die eiligst den Saal verließen, begeistert einstimmten. Die Versammlung ist ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Geschichte der christl.-nationalen Arbeiterbewegung des Saarreviers. Die Sympathie der Bürger und der gebildeten Volkskände und das hat die Versammlung bewiesen, nicht bei der Burbacher Hütte, noch bei Dr. Tille, sondern auf der Seite der christlich-nationalen Arbeiterchaft.

Der Arbeitgeberbund für Sauerland.

In dem Vorhandensein eines Arbeitgeberverbandes steht das Sauerland gegen andere Bezirke im deutschen Vaterlande nicht zurück. Ebensonenig aber auch der Geist nach dem in demselben regiert werden soll. Das beweist manches Zirkular des Arbeitgeberverbandes, die wir zu Nutz und Frommen unseren Mitalliedern und den Arbeitern des Sauerland-Gebietes mitteilen wollen.

Arnsberg, den 22. März 1906.

Es hat den Anschein als ob in diesem Frühjahr in Deutschland umfangreiche Lohnbewegungen sich verbreiten und auch aus unserem Bezirke sind uns Tatsachen bekannt geworden, welche zur Vorsicht mahnen. Die Abhaltung einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes erscheint unter diesen Umständen geboten, damit die Fabrikanten rechtzeitig Fühlung unter einander nehmen können und nicht von den Ereignissen überrascht werden. Da auch einige Formulare zu erledigen sind, so laden wir Sie zu einer Generalversammlung am Mittwoch, den 28. März, nachm. 4 Uhr in Hülsten im „Union-Hotel“ ein und bitten dringend derselben persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter beizuwohnen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes der Mitglieder und des Ausschusses des Verbandes der Fabrikanten-Vereine; 2. Stat- und Rechnungslegung; 3. Besprechung des Arbeitsmarktes im oberen Ruhrrevier; 4. Stellung zu den Gewerkschaften; 5. Beitritt zu dem Schutzverband gegen Streikschäden; 6. Diverses.

Wir richten diese Einladung auch an diejenigen Industriellen, welche dem Verbande noch nicht angehören mit dem Bemerken, daß ihr Erscheinen in unserer Generalversammlung sie in keiner Weise dem Verbande gegenüber verpflichten soll, daß dasselbe im allgemeinen Interesse und zur Umbahnung eines event. gleichmäßigen Vorgehens sehr erwünscht ist.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeber-Verband „Oberruhr“.

Der Vorsitzende
Freiherr von Schenk.

Ueber das Resultat dieser Versammlung gibt folgendes Zirkular Aufschluß:

Hülsten-Neheim, den 28. März 1906.

Die heutige Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes „Oberruhr“ beschließt angesichts der beginnenden Arbeiterbewegung im Sauerlande folgendes:

1. Es wird den Mitgliedern des Verbandes dringend angeraten, sich in Versammlungen mit Gewerkschaften nicht einzulassen, sondern nur mit ihren eigenen Arbeiterausschüssen bzw. Arbeitern zu verhandeln, auch alle etwa an sie herantretende Vermittlungsversuche Dritter zunächst dem Verbandsvorstand mitzuteilen.

2. Es wird als selbstverständliche Ehrenpflicht jedes Verbandsmitgliedes betrachtet, streikende Arbeiter nicht zu beschäftigen.

3. Es wird angeraten in Fällen von Kontraktbruch von den Bestimmungen des § 125 der Gew.-Ordn.

Gebrauch zu machen, wonach ein Arbeitgeber, der einen kontraktbrüchigen Arbeiter annimmt, dem früheren Arbeitgeber zum Schadenersatz verpflichtet ist. Dieser Schaden beläuft sich für eine Woche auf den Betrag des ortsüblichen Tageslohnes. Ein Nachweis des Schadens ist nicht erforderlich.

4. Arbeiter sollen nur mit regelrechten Entlassungsscheinen angenommen werden.

5. Unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit soll die Verpflichtung zu 2. auch vom Verbande der Arbeitgeber des Bergwerkes übernommen werden.

Der Arbeitgeberverband „Oberruhr“.

Anwesend waren die Firmen:

Coliad von Schenk und Co. in Arnsberg, Holzäckerwerk und -Handlung; Olsbergerhütte in Olsberg, Eisengießerei und Ofenfabrik; Zement- und Kalkwerke zu Westwig, Zementrohre und -Platten; Sophientammer, Jul. Kronenberg in Weischede, Eisengießerei, Senjen- und Sichelwerk; Nagegeschäft von Franz Kunitz in Hülsten; Warmwasserwerke, Georg Dassel in Allagen; Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke zu Warstein; Ruhrwerke zu Arnsberg, Holzschleiferei und Papierstofffabr.; Papierfabrik zu Arnsberg; Westf. Metallwarenfabrik zu Hülsten, Schuhsohlenstiftfabrik; Hülstener Gewerkschaft, Blech- und Stahlwalzwerk; Theodorhütte zu Bredelar, Eisengießerei; Zellstoffabrik zu Wilbhausen bei Dönsdorf; Schieferabhanggruben-Gewerk zu Mülllar; von Papen'sche Kenteilverwaltung zu Ansfeld; Schelms u. Co. zu Numbach; Th. Rathrich in Hülsten, Holzäckerwerk und Rutenfabrik; Westf. Union zu Beleke, Drahtstiftfabrik; Bangert u. Groschnecht in Beleke, Kettenfabrik; Carl Manweg, Vorsitzender der Bergwerkschaft des Rhein. Westf. Industr.-Gebiets; Jul. Ver. Schleifsteinfabrik in Weischede; Kahlen, Sekretär der Handwerkskammer zu Arnsberg; Peters u. Co. zu Warstein; E. G. Niggert zu Drilon; Fr. Leibe zu Weischede; Bröckelmann, Jäger u. Busse, Lampenbrennerfabrik zu Neheim; Tillmann u. Westermann zu Hülsten, Verzinker u. Metallwarenfabrik; Martin Westermann zu Hülsten, Haushalts- und Küchengerätefabrik; Tappe u. Coliad zu Neheim, Möbel-, Bilder-, Peitschennägel und Gechirrlistfabrik; Gebr. Coliad zu Neheim, Metallwaren und Kirchenornamentefabrik.

Vorstehendes Protokoll über die stattgefundene Sitzung wurde durch folgendes Begleit Schreiben verfaßt.

Arnsberg, den 10. April 1906.

Wir waren jüngst so frei, Ihnen eine Einladung zu unserer diesjährigen Generalversammlung zu übermitteln. Heute erlauben wir uns Ihnen ein Abdruck der von uns in derselben gefaßten Beschlüsse zur gest. Kenntnisnahme einzujenden.

Der erwähnte Abdruck liegt ebenfalls bei und ist derselbe von G. Veermann in Berlin S W 68 Alte Jakobstraße 18/19 zum Preise von 1 Mk. pro 100 Stück zu beziehen.

Es würde uns freuen, wenn Sie sich entschließen würden, sich unsern Bestrebungen anzuschließen und im Sinne unserer Resolution zu verfahren. Besonders in diesem Jahre ist es mehr denn je nötig, sich nach Möglichkeit zusammenzuscharen und mit vereinten Kräften gegen die furchtbar drohende Streikepidemie energisch Front zu machen. So möchten wir daher nochmals einen Aufruf an Alle bisher noch unorganisiert dastehenden Arbeitgeber richten, sich angesichts der dräuenden Gefahr unsern Reihen anzuschließen. Hoffentlich verhallt derselbe nicht unaehört, sondern findet allüberall zeitige Aufnahme und führt recht viele der Herren Kollegen in unsere Mitte. In dieser Erwartung zeichnet

Arbeitgeber-Verband „Oberruhr“

Freiherr von Schenk, Vorsitzender.

Ob nun die Metallarbeiter des Sauerlandes jetzt endlich aufwachen und sich der Not gehorchend, durch das Vorgehen der Unternehmer gezwungen, dem christl. Metallarbeiterverbande anschließen.

Die „netten“ Beschlüsse die man gefaßt hat, namentlich derjenigen, der von den regelmäßigen Abkehrschein spricht, die für alle Fabrikanten von einer Firma geliefert werden, sollten die Arbeiter erst recht zum Nachdenken bringen. Deshalb muß die Parole jetzt sein: „Sine in in den Verband“.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine

ist bekanntlich schon längere Zeit fertig ausgearbeitet, aber dem Reichstag noch nicht zugegangen und wird auch nicht veröffentlicht. Wir haben schon einmal betont, daß die Regierung wahrlich kein

ruhiges Gewissen und Grund dazu habe, die Kritik der Vorlage zu fürchten.

Die „Sozialpolitische Rundschau“ kann dies jetzt auf Grund ihrer Informationen bestätigen. Sie schreibt:

„Die Regierung weiß, daß die Veröffentlichung des Entwurfes einen Sturm dagegen entfesseln würde, da der Entwurf, wenn auch in verknäuelter Form, die Bestimmung enthält, daß Berufsvereinigungen mit ihrem Vermögen für Schäden, die aus unberechtigten Streiks oder Aussperrungen entstehen, haftbar sind. Daß diese Bestimmung sich lediglich gegen die Arbeiterorganisationen richten würde und für diese unannehmbar wäre, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Selbst das englische Unterhaus hat sich gegenüber Vorschlägen, die entfernt nicht so weit gingen, neuerdings völlig ablehnend verhalten, obwohl hier nicht eine Auslegung durch die richterlichen Behörden zu befürchten wäre, wie es in Deutschland der Fall sein wird. Mit der angeführten Bestimmung ist der ganze lange versprochene und erwartete Gesetzentwurf wertlos, da keine Gewerkschaft unter solchen Umständen die Rechtsfähigkeit nachsuchen wird.“

Wenn das stimmt, dann würde die Regierung am besten sich selbst und dem Reichstag keine weitere unnütze Arbeit mehr machen und den Entwurf, noch ehe er das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, in den Ortus verschwinden lassen.

Theorie und Praxis in der roten Taktik.

Kürzlich hat die sozialdemokratische Holzarbeiterzeitung in einem Leitartikel den Standpunkt vertreten, daß bei Lohnbewegungen mit den anderen Organisationen gemeinsame Sache gemacht werden müsse. Das verlange die „Klugheit und Gerechtigkeit.“ Darüber ist in der Tages- und Gewerkschaftspresse viel Aufhebens gemacht worden. Es wurde als eine erfreuliche Wendung zum Besseren bezeichnet. Das Ganze war aber nur ein schlauer Rhetorikstreich. In der Praxis wird im roten Holzarbeiterverband gerade entgegengesetzt gehandelt.

In München kam es in vergangener Woche bei einer Holzarbeiterbewegung zu Tarifverhandlungen am Gewerbegericht. Hier gab der rote Gewerkschaftsleiter, gleichzeitig Münchener Gemeindebevollmächtigter, die bündige Erklärung ab, daß der rote Verband nur unter Ausschluß der christlichen verhandeln würde; andernfalls würden sie es auf einen Kampf ankommen lassen.

Um einen vielleicht erbitterten Kampf aus der Münchener Holzindustrie fernzuhalten, traten die Vertreter des christlichen Verbandes freiwillig zurück und schloßen den Tarif mit der Meisterschaft allein ab. Wie weit die vielgerühmte „Erziehung“ im roten Lager schon gediehen ist, zeigte sich, als in der Versammlung des soziald. Holzarbeiterverbandes der Bericht des Hauptlings Roth über die Bergewaltungung der christlichen Minorität, als „Mache für Köln“, mit frenetische Gewieher begrüßt wurde.

Solche Leute wollen sich über Unterdrückung seitens der Kapitalisten entrüsten. Da sieht man aber, was von hier und da auftauchenden vernünftigen und friedfertigen Gedanken zu halten ist. Der fanatische Haß der roten Führer hat jede Vernunft überwuchert; an diesem ungezügelter Fanatismus aber werden sie auch zu Grunde gehen.

Solche „widerwärtige Bergewaltungung“ einer Minderheit, wie die „Soz. Praxis“ dieses jammrige Gefahren einmal genannt hat, wird sich selbst rächen. Die irreguläre und verheerete Arbeiterschaft muß allerdings die Kosten bezahlen.

Partei und Gewerkschaften sind eins.

Der Bebel'sche Zukunftsstaatsanzeiger, der „Vorwärts“, veröffentlicht in seiner Nummer vom 29. April auf Wunsch des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgebung eine Resolution zur diesjährigen Maisfeier. Diese Resolution enthält folgenden Satz:

„Die Versammelten legen heute auf eine neue das feierliche Gelöbniß ab, unentwegt und unbeirrt für die Ziele des Sozialismus mit zäher Ausdauer und Opfermut einzutreten.“

Kollegen, haltet dieses den Leuten unter die Nase, welche Euch immer und immer wieder etwas von der Neutralität der sogenannten „freien“ Gewerkschaften vorzulegen wollen.

Streikversicherung der Arbeitgeber.

Eine zusammenfassende Darstellung der Bestrebungen der Arbeitgeber in Deutschland, sich gegen die Folgen von Streikboykotts und Aussperrungen zu versichern, bringt das Reichsarbeitsblatt in Nr. 4. Die neueren Bestrebungen haben ihren Anstoß hauptsächlich durch die Aussperrung in kriminellen Fällen erhalten und wurden am mächtigsten gefördert durch die neuerdings so sehr erstarkten Arbeitgeberverbände, in erster Linie die Hauptstelle und den Verein deutscher Arbeitgeberverbände, die sich beide im Jahre 1904 bildeten. Am 17. März 1905 trat die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen ins Leben: ihre geschäftliche Tätigkeit begann am 1. Juni. Nach dem Geschäftsbericht, der am 9. März d. J. veröffentlicht wurde, waren dieser Gesellschaft zu Ende des Jahres 1905 742 Mitglieder mit 120 000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 140 Millionen Mark beigetreten. Seit dem 1. Januar 1906 sind weitere 60 Mitglieder mit etwa 10 000 Arbeitern beigetreten. Die Entschädigungen pro 1905 (sieben Monate) betragen für Streiks 63 011 Mark, für Aussperrungen 56 022 Mark, zusammen 119 033 Mark. Die im einzelnen Falle gezahlte Höchstenentschädigung betrug 24 116 Mark, die Einnahmen nach Abzug der Verwaltungs- und sonstigen Ausgaben 134 372 Mark, welche den Entschädigungsfonds darstellen. Es verblieb danach ein Ueberschuß für das Jahr von rund 15 388 Mk. In der Holzindustrie hat eine ähnliche Zusammenfassung stattgefunden in dem Arbeitgeberverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen. Auch für das Schneidergewerbe, für die Textilindustrie und andere Branchen sind ähnliche Versicherungen geschaffen. Man ist nun bestrebt, diesen Organisationen eine gemeinschaftliche Rückversicherung zu geben, und anscheinend mit Erfolg. Zum Schluß bemerkt dann das Reichsarbeitsblatt: „Die ganze Bewegung ist zurzeit noch nicht abgeschlossen. Für ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der so geschaffenen Organisation fehlen noch alle tatsächlichen Unterlagen. Es läßt sich zurzeit weder übersehen, ob sie der entsprechenden Organisation der Arbeiter bereits gewachsen ist, noch ob sie stärker oder schwächer ist als die Arbeiterorganisation. Ein Urteil darüber wird erst der Verlauf der nächsten Jahre ermöglichen, in welchen sich der weitere Ausbau der jetzt begonnenen Organisation vollziehen dürfte.“

Wie dem auch sei, jedenfalls zeigt und das Beginnen der Arbeitgeber, daß wir unsererseits nicht zusehen dürfen sowohl in dem Ausbau und Stärkung der Organisation als auch durch Opferfreudigkeit für gute Klassenverhältnisse zu sorgen.

Ein Widerstandsbund französischer Metallindustrieller.

Zwölf Vereine von Arbeitgebern der Metallindustrie haben sich zu einem „Widerstandsbund“ zusammengetan und am 16. Mai beschlossen, infolge der ausgeprochenen Streitigkeiten die Arbeit nur unter den alten Bedingungen wieder aufnehmen zu lassen. Uebrigens weigern sich die Beteiligten, den Arbeitstag von acht oder neun Stunden oder die sogenannte „englische Woche“ anzunehmen, d. i. den Samstagvormittag freizugeben und 60 Stunden für 55 Arbeitsstunden zu bezahlen. Sie weigern sich, auf irgend eine Kollektivforderung betreffend die Lohnfragen und insbesondere die Stückarbeit einzugehen, oder sich irgendwelche Einmischung einer Arbeiterkommission in Lohn- und Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen. Sie verpflichten sich, während des Streiks keinen Arbeiter ohne das Gutachten der Syndikatskammer, welcher der Arbeitgeber angehört, einzustellen. Endlich haben die anwesenden Arbeitgeber einstimmig beschlossen, 2 Prozent der Arbeitslöhne, die sie alljährlich auszahlen und die ein Minimum von 300 Millionen betragen, zu erheben, um eine Schutzlosie gegen die Streiks zu bilden, was ein Minimum von sechs Millionen ausmacht. Eine Kommission hat Auftrag, die Statuten des Widerstandsbundes der Arbeitgeber aufzulegen.

Als Ergänzung zur Gründung eines Streikfonds dient die Nachricht aus Brüssel (Frankreich), daß das Zentralkomitee der Arbeitgebervereinigungen für die Metallindustrie beschlossen hat, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen. Am 2. Juni werden sämtliche Industrien dieser Branche ihre Werke schließen. Durch diese Aussperrung werden insgesamt 175 000 Arbeitnehmer in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeiter sollen von der bevorstehenden Aussperrung

durch Anschlag benachrichtigt werden und davon, daß die Arbeiterorganisationen an diesem Tage zu beschließen haben werden, ob sie mit einem Generalstreik das Ultimatum der Arbeitgeber beantworten wollen. Die Ursache dieses Streiks ist die Frage des Wochenlohnes und die Durchführung des Achtstundentages. Liegt hier etwa ein internationales Verstandnis vor?

Der Augsburgener Arbeitswilligen-Verein

Ist nun auch vor Gericht in bengelischer Beleuchtung erschienen. Die „Leiter“ dieses sonderbaren „Arbeiter“-Vereins hatten gegen zwei soziald. Blätter Klage wegen Beleidigung erhoben. Die verantwortlichen Redakteure der betr. Blätter sind zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die Beleidigung ist in der Form der betr. Artikel, nicht im Inhalt erblickt worden. Die Ehre der Arbeitswilligen-Verein ist nun hoffentlich wieder repariert. Interessant war die Aussage des 2. Herrn Direktors und Sohnes des ersten, Herrn Luz, daß er im Arbeiterauschuß die Gründung eines solchen Vereins ange-regt habe, während der Arbeitswilligen-Vereinspräsident Chaletet unter Eid bekundete, der Verein sei speziell auf Veranlassung von Arbeitern gegründet worden. — Anlässlich der bevorstehenden Riesen-aussperrung in der Metallindustrie wurde von der Direktion der Maschinenfabrik bekannt gegeben, „daß Arbeiter, welche mindestens acht Tage vor Verkündigung einer Arbeiteraussperrung Mitglied des Arbeiter-Vereins von Werk Augsburg sind, unter keinen Umständen ausgesperrt werden; das hat auch der „Verband Bayerischer Metallindustrieller“ und der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller“ gebilligt.“

Das geht denn doch nachgerade gegen Menschen- und Manneswürde, schreibt dazu die „Augsburger Postzeitung“, was hier an Käuflichkeit der Uebergangung dem Arbeiter zugemutet wird!

Dr. Tille

Der bekannte Syndikus der Handelskammer von Saarbrücken richtet sich durch seine schöffe Kampfesweise gegen den christlich-sozialen Metallarbeiterverband selbst. Die Kreise, die bisher dem Herrn nahe standen und sich gegenüber unseren Bestrebungen passiv verhielten, haben einsehen gelernt „Wessen Geistes Kind der Herr Doktor ist.“ Nachdem er in seiner letzten Nummer des „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ abermals unter Angriffen auf den Leiter der Saarbrücker Zeitung und unseren Kollegen Wernerus die von jedem anständigen Menschen verurteilte Kampfesweise gegen den christlich-sozialen Metallarbeiterverband verteidigt, schreibt ihm die liberale „Saarbrücker Zeitung“ abermals folgendes ins Stammbuch:

Saarbrücken, 17. Mai.

Die „Südwestdeutsche Wirtschaftskorrespondenz“ kommt in ihrer gestrigen Nummer auf den bedauerlichen Vorfall zurück, der Herrn Dr. Tille die unbedeutende Veranlassung bot, gegen den christlichen Gewerksverein öffentlich mit einer Verdächtigung vorzugehen. Wir haben diese Kampfesweise zurückgewiesen, die jetzt in der Korrespondenz erneut verteidigt wird. Herr Dr. Tille hält es dabei für richtig, nunmehr persönlich gegen den Leiter unseres Blattes vorzugehen, dem er „krasse Unkenntnis der Dinge“ und andere schöne Sachen vorwirft. Der Herr Generalsekretär steigt damit auf ein Niveau nieder, auf dem er uns nicht finden wird. Diese Methode der „Wirtschaftskorrespondenz“ ist im übrigen Herrn Tilles Eigenart, wir bedauern sie in seinem eigenen Interesse, sie überhebt uns indessen jeder Widerlegung, da sie das Sachliche auf das Persönliche hinüberspielt. Wir beklagen, daß ein wissenschaftlich gebildeter Mann zu Kampfmitteln greift, die von der ersten Presse eingehellig verurteilt werden.

Dieses dürfte genügen um zu beweisen wie die „noble“ Kampfesweise des Herrn Dr. Tille beurteilt wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Bewegung im Saarrevier.

Immer vorwärts, niemals rückwärts, das ist die Parole der Metallarbeiter im hiesigen Revier. Die angeordnete Kündigung der 60 Mitglieder unseres Verbandes hat zur weiteren Stärkung unserer Organisation beigetragen. Es war ein erhebender Anblick die unzählbaren Männer unseres Verbandes in so zahlreicher Weise an der außerordentlichen Generalversammlung teilnehmen zu sehen, die am Sonntag, den 13. Mai stattfand. In dem Referat in der Kollege

Wernerus über den Stand der Verhältnisse, betonte er u. a., daß die christliche Berufsorganisation vor allen Dingen Ordnung und Disziplin, Gerechtigkeits Sinn, Opferfreudigkeit und Vertrauen zur großen Sache der christlichen Arbeiterbewegung und den Führern verlangen. Wenn auf dieser Basis gearbeitet werde, könne der Sieg der gerechten Sache der Arbeiter nicht ausbleiben. Der Redner verwahrte sich und den Verband gegen die Angriffe, welche ohne einen Schein des Beweises gegen ihn gerichtet worden seien. Wenn die Burbacherhütte noch weiterhin ihren Arbeitern das Recht der Koalition beschränke, werde der Christlich-soziale Metallarbeiterverband energisch dagegen Stellung nehmen. — Mit großem Beifall wurden die Worte des Redners aufgenommen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokale „Tivoli“ tagende Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Saarbrücken) nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Burbacherhütte und ihrer Helfer gegen die christlich organisierten Arbeiter. Als eine schreiende Ungerechtigkeit betrachten alle Anwesenden die von der Hütte angewandten Gewaltmittel, gegen ein den Arbeitern gesetzlich gewährleistetes Recht. Alle Versammlungsbesucher sind ernstlich gewillt, als Mitglieder des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes für die Ausbreitung ihrer Berufsorganisation zu arbeiten. Sollten die ungerechten Maßnahmen der Werksleitung gegen die christliche Berufsorganisation sich wiederholen und die erbgültige Kündigung der 60 Kollegen zur Tatsache werden, so sind die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes gewillt, durch ernsthafte Gegenmaßnahmen ihr verbrühtes Recht bis auf's Äußerste zu verteidigen.“

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde mit großem Beifall die Erhebung eines Lokalausschlages für die Verwaltungsstelle Saarbrücken beschlossen. Derselbe beträgt wöchentlich 10 Pfennig und dient zur Stärkung der Lokalkasse. Durch lebhaft Zustimmung bestätigten die Anwesenden, wöchentlich lieber 60 Pfennig in die Verbandskasse zu zahlen, als 10 Pfennig monatlich für den Hüttenverein. Nachdem Bezirksleiter Hüske und Sekretär Gulche vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter noch einige ermunternde Worte an die Versammlung gerichtet hatten und gleichzeitig versprochen, daß die Bergarbeiter alles daran setzen würden, die Kollegen von Burbach zu unterstützen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung geschlossen.

Beendigung des Streiks bei der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik.

Mit einer schweren Niederlage für die Arbeiter hat die Bewegung in hiesigem Revier ihr Ende erreicht. Bedingungslos haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen müssen. Geradezu frevelhaft ist an den Arbeitern von den sozialdemokratischen Agitatoren gesündigt worden. Hier hat sich so recht der Grundsatz den Ende 1903 ein Führer des soziald. Metallarbeiterverbandes in Essen aussprach: Ein Streik der 14 Wochen dauert und verloren geht, sei ihm lieber als ein Streik der 14 Tage dauert und gewonnen wird“ in der Praxis bewährt.

Obgleich der weitaus größte Teil der Arbeiter nicht organisiert und auch kein Geld für den Streik vorhanden war, wurde zum Streik geheißen. Trotzdem die notwendigen Vorbereitungen für den Streik fehlten, deshalb also von jedem verantwortungsvollen Führer als verloren von vornherein bezeichnet werden mußte, wurde trotzdem der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Süskind herbeigezogen der durch seine radikalen Reden und Kampfesweise dem Faß den Boden einschlug. Ihm sekundierte die soziald. Volksstimme die in die gleiche Kerbe schlug und die persönliche Kampfesweise gegen den Direktor.

Offen zugegeben wurde von der Betriebsleitung, daß bei solcher Kampfesweise die Verhandlungen abgebrochen u. zu scharfmacherischen Handlungen gegriffen habe die auch leider den Erfolg gehabt haben, daß die Arbeiterchaft elendiglich zu Kreuze kriechen muß.

Recht wird allerdings von den soziald. Führern die Schuld von dem einen auf den andern geschoben.

In einem aufklärenden Flugblatt hat die hiesige christliche Gewerkschaftsbewegung den armen irreführten Leuten die Augen geöffnet, hoffentlich mit dem Erfolg daß sie für immer den sozialdemokratischen Gewerkschaften Valet sagen.

Zur Bewegung in Fulda.

Die geradezu unhaltbaren Zustände, welche in der hiesigen Metallwarenfabrik der Firma J. A. Weipenker herrschen, machen es uns zur Pflicht

das Organ wiederum in Anspruch zu nehmen. Als wir am Freitag, den 11. ds. Mts. unsere Monatsversammlung abhielten, erschien ein freierorganisierter Kollege und unterbreitete der Ortsleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes folgende Botschaft: „Bei seiner Einstellung als Schlosser, die wenige Wochen vorher erfolgte, habe er mit dem Inhaber der obengenannten Firma, Herrn Lang, die Vereinbarung getroffen, daß ihm 30 Pfennig Stundenlohn gezahlt werden. Herr Lang zeigte sich bei dieser Gelegenheit sehr liebenswürdig und schmeichelte noch dem Arbeiter mit folgenden Worten: „Ich freue mich nun, daß ich endlich einmal einen vernünftigen Arbeiter gefunden habe, die andere, die ich noch beschäftige, sind doch lauter dumme Bauern!“

Fröhlich und wohlgenut ging nun der Schlosser an seine Arbeit, aber als der liebe Lohn tag kam, war er doch ein wenig enttäuscht. Anstatt des vereinbarten Stundenlohnes von 30 Pfg. erhielt der Kollege nur 1,70 Mark pro Tag ausbezahlt. — Das war doch ein bißchen viel für den gesunden Menschenverstand. Zunächst wandte sich nun der Kollege an den Inhaber, Herrn Lange, um ihn an sein Versprechen zu erinnern und den ausbedungenen Lohn bezahlt zu erhalten. Aber da kam er schon an, der Herr machte ihm den Vorwurf: „Daß er seine Arbeit nicht versteht und nichts könne, weshalb er ihm auch den Lohn nicht ausbezahlen könne. Also aus dem anfangs sehr vernünftigen Arbeiter war unglücklich auch ein „dummer Bauer“ geworden, der nichts könne und nichts verstehe von seiner Arbeit, trotzdem derselbe schon jahrelang als Schlosser und Monteur zur vollen Zufriedenheit seiner früheren Arbeitgeber gearbeitet hat. Der Kollege wandte sich nun an den Arbeitervorstand. Aber da schien er wohl auch an die richtige Instanz geraten zu sein. Bekanntlich ist von einem Arbeitervorstand, der aus Werkmeistern und Vorarbeitern zusammengesetzt ist, nicht viel zu erwarten und das mußte auch der Kollege erfahren. Er wurde mit seiner Beschwerde abgewiesen. Nun beschritt der Kollege den Weg des Rechts und klagte auf dem Gewerbegericht. Hoffentlich wird auch die Sache nun zu seinen Gunsten entschieden.

Aber auch sonst wurden noch große Mißstände in dem genannten Werke vorgebracht, welche hier auch noch hervorgehoben zu werden verdienen nämlich:

„Die Akkordlöhne der Dreher und Zuschneider sollen erheblich reduziert worden sein, auch die Luftventilation soll sehr schlecht und unzureichend und die Aborte seit langer Zeit nicht gereinigt worden sein. Auch unserem Kollegen und früheren Vorsitzenden Klug wurde wegen einem nichts sagenden, lächerlichen Grunde die Arbeit gekündigt. Als er nun nach dem Grunde forschte, wurde ihm von dem Werkmeister Weißbach, welcher nebenbei auch noch ein blutrötter Sachse sein will und von dem jüngeren Mitinhaber Weiskensee die Antwort gegeben: „Er habe auf dem Abort gesehen und den „Metallarbeiter“, unser Verbandsorgan, gelesen. Mit solchen erbärmlichen Machinationen scheint man in diesem Werke die Organisation aufhalten zu wollen.“

Die Zustände in diesem Werke sind unhaltbar, deshalb fürchtet man die Organisation. Früher waren sogar Ohrfeigen und Fußtritte an der Tagesordnung. Dazu kamen jetzt noch Geldstrafen in außerordentlich hoher Höhe vor. Trotz alledem aber sind die Arbeiter in diesem Werke zu feige, sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. In diesem Werke wäre es wirklich an der Zeit, einmal gründlich Remedur und Ordnung zu schaffen.

Aber im Gegenteil, die Arbeiter dieser Firma scheinen sich glücklich zu fühlen in ihrem sozialen Elend, in ihrer erbärmlichen Snechtlichkeit. Auch die Bezeichnung: „Dumme Bauern“, kann diese Leute nicht zum Erwachen bringen. Wahrlich, solche Arbeiter, ohne Saft und Kraft, können sich die Unternehmer nur von Herzen wünschen. Arbeiter von diesem Schlage werden es nicht wagen, ihren Brotherrn in seiner selbstgefälligen Unternehmerherrlichkeit zu stören.

Schon seit beinahe zwei Jahren wird es den Metallarbeitern und Arbeiterinnen von Fulda fortgesetzt zugerufen, sich zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, aber wie es scheint, haben die Arbeiter von Fulda ihre Zeit noch nicht begriffen.

Die in dem vorigen Artikel genannten Arbeiter Koch und Aulich haben noch einige ebenbürtige Nachfolger gefunden. Wir wollen die Namen dieser Leute nunmehr folgen lassen: Philipp Gosh, Heinrich Faßhauer, Richard John und August Herget. Auch von

diesen Leuten muß es gesagt werden, daß sie ihren Verpflichtungen im Bezahlen der Beiträge sowohl wie im Besuch der Versammlungen in keiner Hinsicht nachgekommen sind. Da dieselben aber durch das Eintreten des Verbandes eine namhafte Aufbesserung ihrer Löhne erhalten haben, so ist ihre Handlungsweise um so verwerflicher.

Die Kollegen von Fulda können sich deshalb trösten, daß sie niemals gute, sondern stets schlechte Mitglieder verlieren. Auch sind dieselben durch eine Anzahl Neuaufnahmen längst wieder ergänzt worden und können deshalb ruhig verschmerzt werden. In diesen Leuten wird auch der Arbeitgeber keine großen Freuden erleben, da sie, wie immer, die unruhigsten und unzufriedensten Elemente gewesen sind. Die christliche Organisation wird aber auch in Zukunft stets die schärfsten Maßnahmen gegen derartig traurige Erscheinungen anwenden müssen.

Reght. Die Arbeiter der hiesigen Dampfmaschinenfabrik von D. Necke hatten sich schon seit mehreren Monaten mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, ihre Lage in etwas zu verbessern, ganz besonders aber die dort vorherrschende Mißwirtschaft zu beseitigen.

Es kommt dort nämlich sehr häufig vor, daß die Arbeiter mit dem, wie die Firma sagt, genau verrechneten Akkordpreisen nicht auskommen und dann ein Minus zu verzeichnen haben. Um diesen Zustand zu beseitigen, wurde vor einigen Wochen an die Firma herangetreten und erklärte sich die Firma bereit, den Wünschen der Arbeiter nachzukommen, indem das alles geregelt und neu verrechnet werden sollte.

Aber wie dieses so häufig vorkommt, so auch hier — es blieb beim Versprechen.

Auf ein weiteres Vorstelligwerden seitens des Ausschusses wurde wiederum versprochen, die Arbeiter sollten sich gedulden, bis daß der neue Herr eingearbeitet sei — nämlich der neue Herr Kalkulator. Auch damit trösteten sich die Arbeiter.

Der neue Herr Kalkulator kam, war schon einige Wochen am Rechnen und das Resultat seiner Berechnung war, einige erhielten eine Aufbesserung, die Mehrzahl aber hatte keine Aufbesserung, ja sogar noch Abzug zu verzeichnen. Damit konnten die Arbeiter sich nun nicht zufrieden geben, oder gar noch weiter trösten zu lassen.

Um nun die Sache endgültig zu regeln, reichten am 12. Mai die Dreher, Bohrer, Hobler und Stoher ihre Kündigung ein. Das Resultat der stattgefundenen Verhandlungen war wiederum das Versprechen seitens der Firma, es wird alles geregelt. Der Wunsch des Ausschusses, es möchten die Vertreter der Organisation an den Verhandlungen teilnehmen, wurde seitens der Firma abgelehnt. Um nun sicher zu gehen, daß die gemachten Versprechungen auch seitens der Firma gehalten werden, wurde verlangt, dieses schriftlich zu geben.

Dieses Verlangen wurde von der Firma damit beantwortet, daß sie ihren übrigen Arbeitern am 19. ds. Mts. die Kündigung überreichte, auch jenen Herren Arbeitern, welche glaubten, keine Organisation nötig zu haben, welche ihre Lage allein verbessern wollten.

Hoffentlich ersehen daraus die Kollegen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Es wird nicht gesagt, du bist ein lieber Kerl, du bist nicht organisiert, du kannst hier bleiben, nein, auch diese werden auf die Straße gejagt und fallen der Machtprobe des Kapitals zum Opfer.

Kollegen, das soll uns ein erneuter Ansporn sein, einzutreten in die Agitation, mehr wie bisher mitzuwirken an der Ausbreitung unseres Verbandes. Und für die noch nicht organisierten Kollegen soll und muß die Parole lauten: sichere deine Existenz — trete ein für die Hebung deines Standes — hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Burbach (Saar). Burbacher Hütte Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

Gründ-Eifel. Eisenwerk Mangel Streik.

Breslau. Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter.

Seilbrunn. Heilbrunner Fahrzeugfabrik Lohn-differenzen und Maßregelung.

Dresden. Aussperrung.

Misburg. Streik der Eisengießerei Misburg-Anderten.

Linden-Hannover. Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Former von 40 Pfg., welcher verweigert wurde.

Offenbach. Streik der Former.

Braunschweig. Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter.

Reght. Wegen Differenzen ist die Dampfmaschinenfabrik von D. Necke gesperrt.

Reinstadt i. Schwarzwald. Schraubenfabrik Göß und Cie. Streik wegen Maßregelung.

Werdohl. Bei der Firma Gebr. Brüninghaus haben die Gabelarbeiter und Former wegen Lohn-differenzen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund. Zugang von Formern und Gießereiarbeitern fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. Mai der zweiundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 27. Mai bis 2. Juni 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg. In der Beilage zu Nr. 19 des „Regulators“, Organ des Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereins versucht ein gewisser Bernegrosch sich am christlichen Metallarbeiterverband bzw. deren Mitgliedern zu reiben. Das ganze Geschreibsel ist ein Berlegenheitsprodukt. Es spricht aus ihm der Aerger, daß die Christlichen es wagen, den Rückgang der Kirche in Dinslaken beschleunigen zu helfen. Nach dem Skribisaj im „Regulator“ sollen es alle Kamellen gewesen sein, die der Referent der Christlichen in der Versammlung am 19. und 20. März in Dinslaken vorgebracht habe. Als Beweis hierfür zitiert man den Regulator 1904, 21. Jahrgang. Nach Durchsicht der Nr. 51 von 1904 des Regulators sind wir mit dem Artikelschreiber allerdings der Meinung, daß dieses alle Kamellen waren, die der Regulator dort kritisiert hat. Wer aber die Ausführungen des Referenten in der Versammlung (am 19. und 20. März), welche vom christlichen Verbands einberufen war, gehört hat, urteilt ganz anders zumal es sich in den Ausführungen des Referenten wesentlich um die Arbeiten an den Schweißöfen handelt. Plump und unwahre Angriffe sollen ferner auf den Gewerkverein gemacht worden sein. Warum rückt man denn nicht mit der Sprache heraus. Was waren dieses für Angriffe? Der Kollege Franzen soll auch dort erklärt haben, dem Vertreter des Gewerkvereins Gieslik das Wort zu erteilen. Was ist Wahres an der Sache. Auf eine Bemerkung eines Gewerkvereiners das nach den Einladungszetteln außer den Einberufenen nur Angestellte und Arbeiter Zutritt hätten, dadurch es dem Beamten des Gewerkvereins nicht möglich sei, das Wort zu nehmen, erklärte Franzen: Es stände keiner den Gewerkvereiner im Wege, sie könnten Versammlungen abhalten soviel sie wollten. Die Hirsch-Dunkerschen hätten sich doch darauf verlegt, diese für ihre Zwecke auszunutzen, hätte doch Herr Gieslik sich gar nicht scheut, eine Versammlung zwecks Gründung eines konfessionellen Arbeitervereins für sich auszunutzen. Er will hingegen nur zu den „Leistungen“ des Gewerkvereins Stellung genommen haben. Wir fragen demgegenüber was hat Herr G. mit der Gründung von konfessionellen Arbeitervereinen zu tun, da er selbst des öfteren schon erklärt hat, ich bin nichts, (also weder katholisch noch evangelisch. D. G.) Nach mehreren Wochen haben endlich die Hirsch-Dunkerschen dann auch eine Werkstattoversammlung einberufen. Um nun auch einen Besuch zu erzielen, mußte eine besondere Art Klammere gemacht werden. Kollege Franzen und Keger wurden per Einschreibebrief eingeladen und dieses auf den Versammlungseinladungen vermerkt. Da dieselben nun mehr zu tun haben, als zu warten, bis Herr G. Versammlungen hat, so konnte keiner von beiden erscheinen. Bemerkte sei aber ausdrücklich noch, daß der Brief an Kollege Keger falsch adressiert war und dieser erst nachmittags 6 Uhr in seine Hände gelangte. Kollege Franzen war aber schon morgens auf Tour und fuhr mit demselben Zuge über Dinslaken nach Iffelburg wo Herr G. in Dinslaken ausstieg. Ferner verweist der Skribisaj im Regulator auf Duisburg hin und konstruiert dort eine Lohnaufbesserung für die Arbeiter auf der Kupferhütte. Dortselbst wurden die Stundenlöhne zwar erhöht, jedoch wird nur im Akkord gearbeitet. Diejenigen Stunden die nun in Tagelohn gearbeitet sind, werden nun von dem

Alford in Abzug gebracht. Die Arbeiter haben nun durch die Erhöhung der Stundenlöhne nicht eine Verbesserung sondern Verblechterung erhalten.

Duisburg-Laar. Die Ortsgruppe Duisburg II hielt am Sonntag, den 29. April ihre vierteljährliche Generalversammlung ab.

Magdeburg-Buckau. Unsere gut besuchte Monatsversammlung fand am Freitag, den 4. Mai statt, an der auch Herr Pfarrer Werner teilnahm.

wollens, da er ein Freund der christlichen Gewerkschaften sei und gerade in diesen das Mittel erblicke um die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter im wirtschaftlichen Leben zu erringen.

Bekanntmachung.

Die Ortsgruppe Köln-Stadt erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfennig pro Woche und Mitglied ab 1. Juni.

Der Zentralvorstand.

Zentral-Krankengeld-Zinsbuchstelle der kath. Arbeitervereine und christl. Berufsverbände Deutschlands.

Table with financial data: (Eingekriefene Hilfskasse.) Vierteljährlicher Geschäftsbericht der Centralstelle für das 1. Quartal 1906. A. Die Einnahmen betragen: a) an Beiträgen, b) an Eintrittsgeldern, etc.

Table with statistical data: Statistische Mitteilungen. Zahl der örtlichen Verwaltungsstellen vom vorigen Jahre: 190, Neu angeschlossene in diesem Quartal: 10.

Literarisches Die Kartellierung der Großindustrie und ihr Einfluß auf die Arbeiter.

Unter diesem Titel ist die Rede des Herrn Geheimrats Professor Dr. A. Wagner in der Versammlung des christl. Gewerkschaftskartells Essen am 25. März d. J. in Broschürenform erschienen.

Der Preis der Broschüre beträgt einzeln 10 Pf., bei Mehrabnahmen billiger. Bestellungen sind an die Zentrale zu richten.

Versammlungs-Kalender.

- Bocholt. Sonntag, 27. Mai 11 1/2 Uhr bei Fr. Spening, Versammlung.
Duisburg. Samstag, 26. Mai, abends 9 Uhr im Lokale Koppensura, Kranheimerstraße.
Essen-Mittendorf. Sonntag, 27. Mai, morgens 11 Uhr bei Wint, Altendorferstraße.

Karl Schlag und seiner lieben Elisabeth Auer zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Ludwig Tillmann u. seiner Gertrud Stütges zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Math. Vonderbank nebit Hubertine Fogel zur Vermählung die herzlichen Glück- und Segenswünsche.

Heinr. Achtenbosch und seiner Agnes Bach zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Courad Olk und seiner Braut Anna Partsch zur Vermählung herzliche Glück- und Segenswünsche.

Andreas. Am 14. Mai verschied unser treuer Kollege Heinrich Rückendorf infolge Erregenzündung.

Restauration zur Post. Vingst bei Cöln. Vereinslokal der christl. Gewerkschaft hält sich bei Ausflügen den Kollegen bestens empfohlen.